

Mehr Migranten mischen mit!

Kandidatinnen und Kandidaten mit ausländischen Wurzeln für die Bürgerschaftswahl



Mustafa Güngör (SPD)



Dr. Oguzhan Yazici (CDU)



Dr. Zahra Mohammadzadeh (Grüne)



Songül Ergün-Bulut (Die Linke)

Im August vergangenen Jahres schrieb der Bremer Rat für Integration (BRI) einen Brief an die Bremer Parteien: „(...) Nutzen Sie die kommenden Wahlen, als Chance, um mehr qualifizierte Migrantinnen und Migranten als Kandidatinnen und Kandidaten zu gewinnen und sie auf ihren Listen aussichtsreich zu platzieren. (...) Setzen Sie sich mit uns für eine aktive Bürgergesellschaft ein, in der alle Bevölkerungsgruppen Politik konstruktiv gestalten können.“

In diesem Jahr haben 28 von 251 Kandidaten der etablierten Parteien, die am 22. Mai zur Bürgerschaftswahl aus Bremen und Bremerhaven antreten, einen Migrationshintergrund – rund 11 Prozent. Im Folgenden stellen wir gut platzierte Kandidatinnen und Kandidaten dieser Parteien vor.

Nächste Termine

Die nächste Sitzung des Bremer Rates für Integration ist am 25. Mai um 17 Uhr.

Der Ort wird rechtzeitig auf der Homepage bekannt gegeben.
www.bremer-rat-fuer-integration.de

Mustafa Güngör (SPD), Listenplatz 11

Die Wurzeln von Mustafa Güngör liegen in Anatolien, die Eltern kamen Ende der 1960er-Jahre nach Deutschland. Schon mit 24 kandidierte Güngör für die Bürgerschaft. Drei Jahre vorher war er in die SPD eingetreten: „Es war die Offenheit dieser Volkspartei, in der viele Menschen unterschiedlicher Herkunft zusammen arbeiten.“ Auch dass die Partei – damals noch unter Henning Scherf – schon früh mit Migranten-Kreisen im Dialog war, machte für den Diplom-Politologen und selbständigen IT-Unternehmer die Entscheidung leicht.

Wegen seiner Kandidatur nahm er vor acht Jahren die deutsche Staatsbürgerschaft an. „Vorher sah ich keine Notwendigkeit, als ich sie dann aber hatte, wurde mir bewusst, wie wichtig sie für die Partizipation ist.“ Das Procedere der Einbürgerung allerdings sollte erleichtert werden, sagt der 32-Jährige. „Eine doppelte Staatsbürgerschaft würde darüber hinaus vieles vereinfachen.“

Für den bildungspolitischen Sprecher der Fraktion ist der Spracherwerb ein vorrangiges Thema. „Wir haben mit der Sprachstandserhebung und der anschließenden Förderung, schon viel auf den Weg gebracht, aber ein weiteres großes Anliegen ist mir die Förderung der Zweisprachigkeit.“ Das Angebot an Türkisch, aber auch Russisch oder Polnisch in den Schulen als zweite Fremdsprache sollte weiter ausgebaut werden. „Natürlich gibt es da noch einen großen Bedarf an qualifizierten Lehrern.“

Dr. Oguzhan Yazici (CDU), Listenplatz 17

„Meine Eltern kamen Mitte der 70er Jahren aus der Türkei nach Hattingen, weil mein Vater dort Arbeit bei ‚Thyssen Krupp‘ fand“, erzählt der 33-Jährige Jurist. Er studierte in Marburg, Kiel und zwei Semester in Australien. Im vergangenen Jahr promovierte Yazici in Bremen über das Thema „Jung, männlich, türkisch – gewalttätig?“. Derzeit ist er Rechtsreferendar beim Hanseatischen Oberlandesgericht in Bremen und Mitglied des dortigen Ausbildungspersonalrates.

„Während meiner Promotion habe ich als Mediator in Strafsachen beim ‚Täter-Opfer-Ausgleich Bremen e.V.‘ gearbeitet. Das war quasi die praktische Seite meiner theoretischen Arbeit.“ Seit vielen Jahren engagiert sich Yazici ehrenamtlich in der muslimischen Community, gibt Jugendlichen Nachhilfe, geht mit ihnen essen oder bowlen, kümmert sich um ihr berufliches Fortkommen. Erst im Dezember vergangenen

Büro des Bremer Rates für Integration, Zimmer 4.11 im 4. Stock des Tivolihochhauses, Bahnhofsplatz 29.

**Sprechzeiten: Do. 9–17 Uhr
Telefon: 0421/361-26 94
info@bremer-rat-fuer-integration.de
www.bremer-rat-fuer-integration.de**



Zur Person



Felix Sa'd (FDP)



Elias A. Tsartilidis (SPD), Brhv.



Sülmezer Dogan (Grüne), Brhv.



Mark Ella (FDP), Brhv.

Jahres trat er der CDU bei: „Es passt, da ich von den Grundwerten her konservativ bin. Gleichzeitig findet in der CDU gerade ein Öffnungsprozess für Muslime statt, den möchte ich unterstützen, damit hier langfristig ein Klima entsteht, in dem Muslime sich angenommen fühlen können.“

Ganz entscheidend für die Integration seien Bildung und Sprache: „Meine Eltern haben damals viele Bildungsangebote in Deutschland angenommen und haben auch bei mir sehr darauf geachtet. Wichtig ist ferner, dass das Dreiecksverhältnis Eltern–Lehrer–Kind funktioniert. Wenn hier etwas schief läuft, lässt sich das später kaum mehr reparieren.“

Dr. Zahra Mohammadzadeh (Bündnis 90/Die Grünen), Listenplatz 7

Zahra Mohammadzadeh wurde 1956 im Iran (Teheran) geboren. Nach Abschluss der Schulzeit arbeitete sie dort als Lehrerin. Angesichts der politischen Entwicklung im Iran entschloss sie sich, nach Deutschland zu emigrieren. Ab 1977 studierte sie in Berlin und Bremen, 1990 promovierte sie im Fach Humanbiologie. Nachdem sie eine Studie zur gesundheitlichen Lage der Flüchtlinge in Bremen durchgeführt hatte, arbeitete sie im Gesundheitsamt Bremen. Von 1993 bis 2007 leitete sie dort das Referat „Migration und Gesundheit“.

„Meine Erfahrungen in der Gesundheitsversorgung der Migrantinnen und Migranten haben mich bewegt, stärker politisch aktiv zu werden“, sagt Zahra Mohammadzadeh. Nachdem sie 2007 in die Bremische Bürgerschaft eingezogen war, wurde sie migrationspolitische Sprecherin der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. „Die zielstrebige, prägende Rolle der Grünen in der Bremer Einwanderungspolitik ist einer der Gründe, warum ich wieder kandidiere.“ In Bremen möchte sie für eine ehrliche und konsequente Integrationspolitik streiten. Mehr Chancengleichheit der Migrantinnen und Migranten, Initiativen für

die doppelte Staatsbürgerschaft und Wahlrecht auch für nicht EU-BürgerInnen sind ihr besonders wichtig. Auch Integration in Bildung und Arbeit bleiben zentrale Themen. Darüber hinaus möchte sie sich für eine Antidiskriminierungsstelle stark machen. „Wir müssen offener über Diskriminierung und Rassismus sprechen. Leider haben wir noch nicht genügend Instrumente, diesen in unserer Gesellschaft allgegenwärtigen Erscheinungen entgegenzuwirken.“

Songül Ergün-Bulut (Die Linke), Listenplatz 7

Die 37-jährige Mutter ist seit einem Jahr deutsche Staatsbürgerin. Vor dreißig Jahren kam sie mit ihren Eltern aus dem Osten der Türkei (Dersim) nach Deutschland und 1998 fürs Jura-Studium nach Bremen. „Als Kurdin und Alevitin gehörte ich schon in meiner Heimat zu zwei Minderheiten – das schult“, sagt die temperamentvolle Schwachhauserin. Insofern hätte sie sich gar nicht anders entscheiden können, als in die Politik zu gehen und bei der „Linken“ zu kandidieren. „Die einzige Partei, die meine Werte vertritt: Solidarität mit allen Minderheiten, gegen Sozialabbau und pazifistisch.“ Früher dolmetschte Songül Ergün-Bulut oft im Auftrag von Behörden und Ämtern. „So bekam ich viel vom Leid der Menschen mit, das war die Initialzündung für mich, in die Politik zu gehen.“

Ergün-Buluts Forderungen: Menschen, die ihren Lebensmittelpunkt in Deutschland haben, sollten unabhängig von der Staatsbürgerschaft politische Partizipationsrechte, also auch das Wahlrecht erhalten. Es sollte gleichzeitig leichter werden, die deutsche Staatsbürgerschaft zu bekommen. Der Aufenthaltsstatus von Frauen darf nicht an den des Ehemannes gebunden sein. Außerdem fordert die Linke-Politikerin eine Quotierung im gesamten Öffentlichen Dienst und ein Antidiskriminierungsgesetz, das es auf Bundesebene schon gibt, auch auf Landesebene.

Felix Sa'd (FDP), Listenplatz 9

Sein Vater kam in den 70er Jahren als Arzt aus Jordanien nach Deutschland. „Er wollte nach seinem Facharzt wieder zurück“, sagt der 29-Jährige Jura-Student, „doch dann lernte er meine Mutter hier kennen.“ Felix Sa'd kennt beide Kulturen, feiert Ramadan und das Opferfest genauso selbstverständlich wie Weihnachten. Vor sechs Jahren trat er der FDP bei und kandidierte bereits bei der vergangenen Bürgerschaftswahl: „Mit einem Vater aus einem arabischen Land ist man automatisch politisiert“, meint er.

Die FDP sei seine Partei, da sie als einzige liberale Politik mache und Freiheitsrechte hochhalte. „An den Zuständen in Tunesien und Ägypten kann man auch hier Lebenden deutlich machen, wie wichtig diese Rechte sind. Die Menschen dort sind bereit, dafür zu sterben.“ Seit dem 11. September beschneide man auch in Deutschland Stück für Stück die Freiheit zugunsten der Sicherheit, bedauert Felix Sa'd.

Politisch möchte er mit seiner Partei ein Punktesystem nach kanadischem Vorbild für Einwanderer durchsetzen, mit dem bewertet wird, was der einzelne zur Entwicklung der aufnehmenden Gesellschaft beitragen kann. „Wir brauchen gute Fachkräfte“, erklärt Sa'd. Darüber hinaus fordert er ein Ausländerwahlrecht, gleichzeitig solle aber auch die Einbürgerung erleichtert werden – allerdings nach strikten Regeln.

Bremerhaven

Elias Alexander Tsartilidis (SPD), Listenplatz 3

Sein Vater kam 1969 als griechischer Gastarbeiter nach Deutschland. „Für meine Eltern war Bildung ein wesentlicher Schlüssel, um in einer Gesellschaft anzukommen“, meint der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der SPD in Bremerhaven. Elias Tsartilidis studierte Deutsch, Geschichte und Pädagogik in Bremen und arbeitet heute als pädagogischer Mitarbeiter.

Zur Person

„Aber auch gesellschaftliches Engagement, etwa in Vereinen, Kirchengemeinden, Gewerkschaften oder Parteien ist wichtig für eine gute Integration“, weiß der 32-Jährige. Bereits mit 16 trat Elias Tsartilidis der SPD bei: „Meine politische Heimat. Verschiedenste Menschen arbeiten hier, ungeachtet ihrer Herkunft, an dem gemeinsamen Ziel einer sozialen und gerechten Gesellschaft.“

Politisch haben für ihn Themen Vorrang wie Chancengerechtigkeit, Aufstiegsmöglichkeiten und gesellschaftliche Teilhabe, z.B. durch Arbeit. Dazu gehören aus der Sicht des Politikers auch der Ausbau von Kinderbetreuungsplätzen und die Weiterentwicklung der Schule für alle (Inklusion statt Selektion). Ein wichtiges Anliegen ist Tsartilidis, dass interkulturelle Kompetenzen in der Lehrerbildung einen größeren Stellenwert erhalten.

Sülmez Dogan (Bündnis 90/ Die Grünen), Listenplatz 1

Die 35-Jährige Mutter dreier Kinder arbeitet seit fünf Jahren als Rechtsanwältin in Bremerhaven. „Ich fühle mich von jeher als Bremerhavenerin“, sagt die Tochter türkischer Gastarbeiter. „Ich bin in Bremerhaven geboren und so aufgewachsen wie die anderen Kinder dort auch – nur dass ich dreisprachig aufwuchs und dunklere Haare hatte.“ Der Weg in die Gesellschaft führt

über die Bildung, sagt Sülmez Dogan. „Ich bin froh, dass meine Eltern sich um eine gute Ausbildung für mich bemüht haben.“ Ein wichtiger Punkt ist für sie deshalb die Förderung des Spracherwerbs „Wobei die Mehrsprachigkeit anerkannt und gefördert werden muss“, betont Dogan. Ganz wichtig sei dabei auch die Zusammenarbeit der Lehrer mit den Eltern.

Vor fünf Jahren entschied die Juristin, sich bei den Grünen politisch zu engagieren: „Umwelt- und Klimaschutz, Bildungs- und Integrationspolitik sind meine Themen.“ Ein Jahr später, 2007, wurde sie als Stadtverordnete in Bremerhaven gewählt; sie ist außerdem Mitglied in der Deputation für Bildung in Bremen. Ein weiteres Anliegen von Dogan, das vor der Wahl wieder an Brisanz gewinnt: „Meiner Meinung nach würde das Recht auf Mitbestimmung die Integration der Zugewanderten fördern. Ich wünsche mir ein Wahlrecht, auch für Nicht-EU-Bürgerinnen und Bürger ab 16 Jahren.“

Mark Ella (FDP), Listenplatz 1

Der im schwedischen Uppsala geborene Mark Ella besitzt die doppelte Staatsbürgerschaft: deutsch und britisch. Denn er kam vor 40 Jahren als Sohn einer Deutschen und eines Briten auf die Welt. Als Kleinkind kam er mit seinen Eltern aus familiären Gründen nach Deutschland. „Damals

sprach ich drei Sprachen durcheinander“, erinnert sich der Diplom-Ingenieur für Wassertechnik. Erst als er in den Kindergarten kam, wurde auch zuhause nur noch Deutsch gesprochen. „Heute fühle ich mich als Europäer, pflege aber darüber hinaus einen kommunalen Patriotismus“, lacht Mark Ella.

Kurz nachdem der selbständige Unternehmer vor neun Jahren nach Bremerhaven kam, trat er der FDP bei. „Die Bremerhavener FDP ist die richtige Partei, um dem ‚Postengeschacher‘, der Kinderarmut, fehlender Bürgerbeteiligung und der Bildungsmisere in dieser Stadt entgegenzuwirken“, ist er überzeugt. Was sollte getan werden in Sachen Integration? „Ich bin ein Verfechter der doppelten Staatsbürgerschaft und meine außerdem, dass auch Immigranten aus Ländern außerhalb der EU das kommunale Wahlrecht erhalten sollen.“ Für wichtig in der Integrationsdebatte hält er die Unterscheidung zwischen Integration und Assimilation: „Migranten müssen mit ihrer Kultur in die Gesellschaft integriert werden. Unsere Städte gewinnen durch kulturelle Vielfalt.“ Des Weiteren fordert Ella kostenlose Krippen- und Kindergartenplätze und gezielte Sprachförderung im vorschulischen Bereich.

CDU und Die Linke in Bremerhaven haben keine Kandidatinnen und Kandidaten mit Migrationshintergrund aufgestellt

Wie können wir die politische Partizipation von Migrantinnen und Migranten fördern?

In Hamburg, Sachsen-Anhalt, Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg, Bremen, Mecklenburg-Vorpommern und Berlin werden in diesem Jahr die Landtage gewählt. Hinzu kommen die Kreis- und Gemeindewahlen in Hessen und Niedersachsen. Viele Gelegenheiten und Chancen also, die in Deutschland lebenden Migrantinnen und Migranten in die aktive politische Mitgestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse einzubeziehen. Wie aber kann dies am besten gelingen?

Mit unserem bremischen Integrationskonzept haben wir die gleichberechtigte Teilhabe der Migrantinnen und Migranten am politischen Geschehen als ein zentrales Leitbild festgelegt. Der Bremer Rat für Integration hat die politischen Parteien angeschrieben und aufgefordert, alle Anstrengungen zu unternehmen, um die Zahl der politischen Mandatsträgerinnen und Mandatsträger mit Migrationshintergrund zu steigern. Für die Bürgerschaftswahl kandidieren bei den fünf etablierten Parteien nunmehr 28 Menschen mit Migrationshintergrund von insgesamt 251 Kandidatinnen und Kandidaten. Das sind rund 11 %. Nach der Wahl werden wir sehen, wie viele von ihnen sichere Plätze erhal-

ten haben und wie sich die Anteile bei den Beiratswahlen darstellen.

Angesichts der Tatsache, dass im Land Bremen rund 26 % Menschen mit Migrationshintergrund leben, müssen aber auch nach der Wahl die Bemühungen fortgesetzt werden, weitere Bürgerinnen und Bürger für politisches Mitreden zu interessieren und zu werben. Deshalb ist es richtig, an die politischen Parteien zu appellieren, auch künftig verstärkt Führungspersonal aus den Reihen der Eingewanderten zu rekrutieren und Themen in ihren Plattformen zu integrieren, die Eingewanderte ansprechen. Migrantinnen und Migranten müssen persönlich angesprochen und in die Arbeit der Parteien auf allen Ebenen aktiv eingebunden werden – keinesfalls nur als Spezialisten für Migrations- und Integrationsfragen.

Auch auf der bundespolitischen Ebene dürfen wir nicht nachlassen, uns für die gleichberechtigte politische Teilhabe aller volljährigen Menschen in unserer Gesellschaft einzusetzen. Denn ohne das aktive und passive Wahlrecht, also ohne die Möglichkeit zu wählen und gewählt zu werden, ist an eine gleichberechtigte politische Teilhabe nicht zu denken. Deshalb muss die Forderung nach einem Kommunalwahlrecht für Drittstaatsangehörige ebenso auf-

rechterhalten bleiben wie für die Hinnahme der doppelten Staatsbürgerschaft.

Für wichtig halte ich auch, sich weiter für eine Steigerung der Einbürgerungszahlen einzusetzen. Die Bremer Einbürgerungskampagne 2009 hat gezeigt, dass es bei vielen Migrantinnen und Migranten darauf ankommt, sie konkret auf die Möglichkeiten einer Einbürgerung anzusprechen und ihnen die richtigen Informationen zu geben. Vielfach lagen den potenziell Einbürgerungsberechtigten fehlerhafte Informationen vor, mit der Folge, dass die notwendigen Schritte nicht angegangen wurden.

Mit dem Bremer Rat für Integration steht Bremen ein Gremium mit sachkundigen Menschen mit und ohne Migrationshintergrund zur Seite, das sich konstruktiv für die Umsetzung der gesamtstädtischen Integrationsziele engagiert. Politik und Verwaltung profitieren von der professionellen Kompetenz und dem Engagement der Mitglieder in vielfältigen Fragen der politischen Bildung und Beteiligung. Deshalb ist es unabdingbar, dem Bremer Rat für Integration auch in den kommenden Jahren die volle Unterstützung für die Erfüllung seiner wichtigen Aufgaben zukommen zu lassen.

*Erhard Heintze
(Integrationsbeauftragter des Landes Bremen)*



Wissenswertes

Starke Stimme für die Integration

Die „Bremische Integrationspartei“ (BIP) tritt am 22. Mai zur Bürgerschaftswahl an

Ein halbes Jahr vor den Bürgerschaftswahlen im Land Bremen hat sich die Bremische Integrationspartei (BIP) gegründet. Sie tritt am 22. Mai zur Wahl an. Gründungsmitglieder sind 60 türkischstämmige Bremer.

Die BIP will sich nach eigener Aussage für die Belange der Menschen mit Migrationshintergrund, unabhängig von ethnischer Herkunft und Religionszugehörigkeit, einsetzen und sie auffordern, sich um die eigene Integration zu bemühen.

„Ich denke, wir können das mit mehr Fingerspitzengefühl, als andere Parteien“, so Sprecher Ugur Teker.

Politisch fordert die BIP etwa eine Migrantenquote im öffentlichen Dienst und anonyme Stellenbewerbungen sowie einen verpflichtenden Kita-Besuch für Kinder ab drei Jahren. Alles durchaus populäre Forderungen, die auch bei einigen etablierten Parteien zu finden sind.

Die Meinungen über die neu gegründete Partei gehen – gerade unter den migrantischen Mitbürgern – stark auseinander. Politiker der etablierten Parteien, wie etwa der SPD-Bürger-

schaftsabgeordnete Mustafa Güngör, fürchten, dass sich die Migranten selbst weiter ausgrenzen, wenn sie eine eigene Partei gründen, statt in vorhandenen mitzuarbeiten.

Keine Frage: Eine starke Stimme für Integration ist wichtig und da setzt die BIP sicher ein Signal. Aber die Frage ist, ob die Mitglieder nicht mehr bewirken könnten, wenn sie sich in eine der bestehenden Parteien „integrieren“ würden?

Bremische Integrationspartei
www.integrations-partei.de

„Butter bei die Fische“

Bremer Integrationsrat fühlt Politikern zum Thema „Antidiskriminierung“ auf den Zahn

Eine temporäre Arbeitsgruppe des Bremer Rates für Integration, unter Federführung von Monika Bartels, beschäftigt sich mit dem Thema „Antidiskriminierung“; dabei geht es um Herkunft, Abstammung, Hautfarbe und Ethnie. „Unser Ziel ist es, Antidiskriminierung als eigenes Themenfeld zu etablieren, ihm mehr politisches Gewicht zu verleihen und entsprechend auszustatten“, erklärt Monika Bartels. Für viele Zugewanderte sei Diskriminierung eine alltägliche Erfahrung. „Die Politik kann immerhin auf institutionell-struktureller Ebene Rahmenbedingungen schaffen, die Diskriminierung verhindern.“

Das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) stellt für die Bundesrepublik seit 2006 eine wichtige Rechtsgrundlage zur Bekämpfung von Diskriminierung dar und soll ein neues Bewusstsein schaffen. „Trotzdem stehen wir noch am Anfang, wenn es darum geht, Diskriminierung zu erkennen und zu handeln“, sagt die Leiterin der Arbeitsgruppe.



Monika Bartels, Vorstandsmitglied des BRI, leitet die temporäre AG „Antidiskriminierung“

Derzeit sichten und diskutieren die sechs Mitglieder die Wahlprogramme der Parteien zur Bürgerschaftswahl. „Ab März laden wir bis zur Wahl in regelmäßigen Abständen Politiker verschiedener Parteien zu einer Diskussion ein“, erklärt Monika Bartels. Der erste ist Bremens derzeitiger SPD-Fraktionsvorsitzender Björn Tschöpe. Er kandidiert bei den Bürgerschaftswahlen auf Listenplatz 5. Die AG hat ihn zu einem internen Gespräch eingeladen. Denn im Regierungsprogramm 2011–2015 der SPD heißt es: „*Integrationspolitik kann sich (...) nicht auf einzelne Politikfelder beschränken. In fast allen Politikfeldern bestehen Handlungsmöglichkeiten und -notwendigkeiten, um die Benachteiligung von Zuwanderern zu verhindern, mehr Teilhabe zu ermöglichen und Diskriminierung abzubauen.*“

„Das begrüßen wir natürlich sehr“, betont Monika Bartels. Nun soll Tschöpe am 17. März Rede und Antwort stehen und erläutern, was

seine Partei konkret in der nächsten Regierungsperiode für den Abbau von Diskriminierung tun will. Auch eine öffentliche Veranstaltung noch vor der Bürgerschaftswahl am 22. Mai ist in Planung: Am 5. Mai will die AG ein Fachgespräch mit Politikern zum Thema Antidiskriminierung führen, zu dem alle Interessierten herzlich eingeladen sind.

„Natürlich werden wir die Politik auch nach der Wahl im Auge behalten und ein Resümee ziehen, nachdem die neue Regierung im Amt ist“, verspricht Monika Bartels.

Der BRI lädt am 5. Mai zu einem öffentlichen Gespräch mit Politikern zum Thema Antidiskriminierung ein. Ort und Zeit werden rechtzeitig bekannt gegeben unter:
www.bremer-rat-fuer-integration.de

Impressum



Herausgeber: Bremer Rat für Integration in Verbindung mit dem Referat Zuwanderangelegenheiten und Integrationspolitik bei der Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales.
Bahnhofsplatz 29, 28195 Bremen
www.bremer-rat-fuer-integration.de
Redaktion: Silke Düker (v.i.S.d.P.)
Druckvorbereitung: Silke Düker
E-Mail: redaktion@bremer-rat-fuer-integration.de
Druck: Geffken & Köllner, Bremen
Auflage: 5.000 Exemplare

Mitglieder der AG

Monika Bartels (Koordination Migration/AWO Bremen)
Diana Altun (Projekt Antidiskriminierung in der Arbeitswelt (ADA) / Arbeit und Leben in Bremen)
Harald Grote (Querschnittsbeauftragter Migration / Jobcenter Bremen)
Eva Pajenkamp (Antidiskriminierungsarbeit/SfAGJuS)
Thomas Müller (Integrationsbeauftragter der Polizei Bremen)
Yilmaz Altundag (Berater für Interkulturelle Kompetenz)